

Sozialdemokratischer Presse Dienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

Jürgen Schmude MdB, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, begrüßt die UNESCO-Konferenzen über Frauenfragen in der Bundesrepublik: Probleme der ganzen Gesellschaft.
Seite 1/2

Dietrich Sperling MdB fordert eine fahrradfreundliche Nahverkehrspolitik: Kombiniert ist gefragt.
Seite 3

Dieter Schinzel MdB/MdEP befürwortet die geplante Friedensinitiative für den Nahen Osten: Nicht zusehen, bis der Nahe Osten wieder explodiert.
Seite 4/5

Gert Börnsen MdL sieht Albrecht und Stoltenberg in schwieriger Situation: Die Bewegungsfreiheit verloren.
Seite 6/7

Dokumentation

Annemarie Renger MdB vor der Internationalen Vereinigung von Deportierten und Internierten des Widerstandes.
Herausgeber und Verleger
Seite 8/9

Sozialdemokratischer
Presse Dienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 107

9. Juni 1980

Probleme der ganzen Gesellschaft

UNESCO-Konferenzen befassen sich mit Frauenfragen

Von Jürgen Schmude MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Vom 9. bis 12. Juni 1980 kommen Vertreter von 24 Ländern in Bonn zu einem Kongreß mit dem Thema "Zur Situation der Frauen in der beruflichen Bildung" zusammen. Im November folgt ein Seminar über die Erschließung von bisher traditionell Männern vorbehaltenen Berufen für Frauen in Frankfurt. Beide Veranstaltungen sind zusätzliche Beiträge der Bundesrepublik zum Zwei-Jahres-Programm der UNESCO.

Für die UNESCO ist die Auseinandersetzung mit "Frauenfragen" in den Bereichen Erziehung, Bildung und Kultur kein Neuland. Mit der Berufsausbildung von Frauen hat sie sich allerdings in der jetzt geplanten Breite noch nicht befaßt. Deshalb freue ich mich, daß es auf Initiative des Bildungsministeriums gelungen ist, in diesem Jahr in der Bundesrepublik zwei UNESCO-Veranstaltungen zu diesem wichtigen bildungspolitischen Thema durchzuführen.

Zu dem Bonner Kongreß hat das Bildungsministerium einen Länderbericht über die Situation der Frauen in der Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet. Andere Länder, die Experten zu dem Kongreß entsenden, legen ebenfalls Berichte vor. Sie werden zusammen mit einem Grundsatzpapier der UNESCO zu einem ausführlichen Informations-, Erfahrungs- und Meinungsaustausch führen. Als Ergebnis der Veranstaltung soll eine Resolution verabschiedet werden, die sowohl der nächsten UNESCO-Generalversammlung als auch der Weltfrauenkonferenz im Juli in Kopenhagen vorgelegt werden soll.

Es werden Länder aus allen geographischen und politischen Himmelsrichtungen vertreten sein, so daß sehr unterschiedliche historisch gewachsene, ökonomische, soziale und kulturelle Gegebenheiten zu einer ebenso umfassenden wie differenzierten Behandlung des Themas zwingen.



Einerseits sind im Vergleich zu Entwicklungsländern wie auch zu manchen Industrieländern die Bildungschancen für Mädchen und Frauen bei uns recht gut. Das betrifft den Zugang zu und die Beteiligung am allgemeinen weiterführenden Schulwesen. Andererseits müssen wir vor allem bei der Berufsbildung für Frauen noch zahlreiche Benachteiligungen und Chancenungleichheiten abbauen. Dies ist in den vergangenen Jahren bei dem knappen und gerade in den sogenannten typischen Frauenberufen unzureichenden Ausbildungsplatzangebot deutlich geworden. Gegensteuernde Programme - vor allem das Modellversuchsprogramm zur Öffnung gewerblich-technischer Ausbildungsgänge für junge Frauen - haben jetzt erste überzeugende Erfolge erbracht. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun.

Wir müssen die Berufsausbildung dabei in enger Wechselbeziehung sehen zur Arbeitswelt und der Stellung der Frau im Arbeitsleben sowie in der Familie, das heißt in der Wirklichkeit des Familienalltags. Diese Zusammenhänge unterstreichen, daß die Berufsbildungsfrage eine Schlüsselfrage für die Frauen und ihre Möglichkeiten ist, in dieser Gesellschaft gleiche Rechte und Chancen zu bekommen. Hinzukommt die Frage, wie wir uns die Beteiligung von Frauen im Arbeitsleben und die Beteiligung der Männer an der Erledigung der Familienarbeit vorstellen.

Auf dieser grundsätzlichen Ebene gleichen sich die Probleme in ansonsten unterschiedlich strukturierten Ländern.

Es ist keine neue, aber oft verdrängte Erkenntnis, daß die soziale Situation von Mädchen und Frauen im Bildungs- und Berufsbildungsbereich wie auch auf dem Arbeits- und Familiensektor weltweit ähnliche Merkmale aufweist. Die Merkmale prägen sich je nach den nationalen Bedingungen selbstverständlich unterschiedlich aus. Es muß uns zu denken geben, wenn Frauen zwar in der allgemeinen Bildung überall aufholen, in der beruflichen Bildung aber nach wie vor stark unterrepräsentiert sind, wenn Frauen in Ausbildung und Berufsüberwiegend auf das relativ schmale Feld der sogenannten typischen Frauenberufe konzentriert sind, wenn Frauen im Arbeitsleben mehrheitlich in untergeordneten Positionen mit höherem Beschäftigungsrisiko und niedrigerer Bezahlung zu finden sind, wenn den Frauen der weitaus größte Teil der Familienaufgaben als hauptsächlichlicher "Zuständigkeitsbereich" zugeschrieben wird.

Es ist bei weitem zu wenig und für den gesellschaftlichen Fortschritt unverantwortlich, darauf zu bauen, daß Frauen und Männer jeweils eigene Lösungswege finden werden. Notwendig sind politische Maßnahmen und soziale Reformen. Letztere sind nicht nur durch Gesetze oder staatliche Förderungsprogramme zu verwirklichen, die Frauen zu gleichen Möglichkeiten qualifizierter Berufsausbildung und Berufsausübung verhelfen. Dies setzt auch Veränderungen im Arbeits- und Familienbereich voraus und hat weitere Veränderungen zur Folge. Dabei ist die Verbesserung der Berufsbildungschancen von Frauen keineswegs der einzige Ansatz, aber sie ist ein besonders wirkungsvoller Hebel. Bei uns und anderswo auch.

(-/9.6.1980/hi/ca)

+

+

+



Kombiniert ist gefragt

Für eine fahrradfreundliche Nahverkehrspolitik

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau

Seit vielen Jahren findet bei uns eine Art kombinierter Verkehr zwischen Fahrrad und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) statt, ohne daß dies zum Gegenstand näherer Überlegungen der Verkehrsplaner oder der Politiker gemacht wurde. An den Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn im Einzugsbereich größerer Städte finden sich regelmäßig Fahrradstände, die in aller Regel stärker frequentiert sind als Parkplätze für Kraftfahrzeuge. Die Bundesbahn hat anerkennenswerterweise bereits vor Jahren die frühere Gebühr für die Benutzung der Fahrradstände aufgehoben. Die Bahn betreibt darüberhinaus eine aktive Aquisitionspolitik mit dem Fahrrad, indem sie an attraktiven Ausflugsorten Fahrräder zum Verleih anbietet.

Auch die Betriebe des ÖPNV beginnen mehr und mehr die Radfahrer als wichtige Kundengruppe zu erfassen. Der Hamburger Verkehrsverbund hat festgestellt, daß an seinen insgesamt 180 Schnellbahnhaltestellen rund 4.800 Fahrradeinstellplätze vorhanden sind und diese im Durchschnitt zu 85 Prozent ausgelastet werden. Rund die Hälfte der radfahrenden ÖPNV-Benutzer fährt zur Arbeit, 42 Prozent sind Lehrlinge, Schüler und Studenten. Der Hamburger Verkehrsverbund plant dementsprechend, rund 1.000 weitere Fahrradeinstellplätze einzurichten. Auch München will diesen Kurs verfolgen. Zunehmend wollen VÖV-Unternehmen (Verband Öffentlicher Verkehrsunternehmen) auch in das Fahrradgeschäft einsteigen. Hamburg und Frankfurt haben damit begonnen.

Eine Stärkung des kombinierten Verkehrs zwischen Fahrrad und ÖPNV liegt nicht nur im wirtschaftlichen Interesse der ÖPNV-Unternehmen; jeder damit entbehrlich werdende Kfz-Verkehr entlastet zugleich die Umwelt und hilft Energie sparen. Unternehmen des ÖPNV einschließlich der Deutschen Bundesbahn sollten sich daher ebenso wie die Gemeinden darum bemühen, auch die Zufahrtswege zwischen den Bahnstationen und den Quell- und Zielgebieten für den Radverkehr sicherer und angenehmer zu gestalten. Die öffentliche Diskussion um die Förderung des Fahrradverkehrs hat deutlich gemacht, daß das innerörtliche Radwegenetz vielfach nur bruchstückhaft vorhanden und gerade an den gefährlichen Knotenpunkten unterbrochen ist. Die Sicherung der Radwege zwischen Bahnstation und Quell- und Zielgebieten für den Radverkehr sollte daher nach der Sicherung der Schulwege Priorität beim Ausbau des kommunalen Radwegenetzes haben. Gemeinden und Verkehrsunternehmen sind aufgefordert, die erforderlichen Maßnahmen festzustellen und nach Wegen für eine rasche Realisierung zu suchen.

Die Betriebe des öffentlichen Personennahverkehrs können von sich aus noch einen Schritt weiter gehen. Bislang haben sie sich überwiegend gegen eine Mitführung von Fahrrädern während der Fahrt gewehrt. In Berlin können jedoch an Samstagen und Sonntagen Fahrräder in der U-Bahn mitgenommen werden. Auch aus dem Ausland sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen Busse Fahrräder mitbefördern, sei es in Anhängern, sei es durch besondere technische Vorrichtungen auf der Rückseite des Busses. Auch die Bundesbahn hat bislang die Mitführung von Fahrrädern im Gepäckwagen grundsätzlich zugelassen. In Anbetracht der veränderten Situation der Reisegepäckbeförderung sollte jedoch geprüft werden, ob insbesondere in Nahverkehrszügen die Mitnahme von Fahrrädern erleichtert werden kann. Allgemein sind die Unternehmen des ÖPNV aufgefordert, ihre Position in dieser Frage zu überdenken.
(-/9.6.1980/hl/ca)

+ + +



Nicht zusehen, bis der Nahe Osten wieder explodiert

Zur geplanten europäischen Friedensinitiative für den Nahen Osten

Von Dieter Schinzel MdB

Mitglied des Europäischen Parlament

Die Vorgänge im Mittleren Osten und ihre Ausstrahlung auf den Nahen Osten haben den Europäern deutlicher als je zuvor gezeigt, daß sie nicht länger nur Beobachter der krisenhaften Vorgänge in diesem Teil der Welt bleiben können.

Schon lange erwarten die arabischen Staaten einen eigenen europäischen Beitrag zur Bewältigung des Palästinenser-Problems.

Die isolierten Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten, die Vereinbarungen von Camp David, führen zwar einerseits zur militärischen Entspannung an der israelisch-ägyptischen Grenzlinie, sind aber keine geeignete Grundlage für eine dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten. Die Probleme der aus ihrer Heimat vertriebenen Palästinenser werden damit nicht geregelt - der Sprengstoff im Nahen Osten wird damit nicht entschärft.

Im Gegenteil: Die festgefahrenen Verhandlungen zwischen Begin und Sadat in der Autonomiefrage führen zu einer gefährlichen Verschärfung der Auseinandersetzungen im Nahen Osten; die starre Haltung des sich zunehmend auch in Israel Isolierenden Begin stärkt die Falken und zwingt auch Sadat zu einer schärferen Gangart. Die Kompromißfähigkeit Menachim Begins scheint erschöpft.

Von einer europäischen Initiative erhoffen sich die Araber einen Ausweg aus der festgefahrenen Situation. Nicht zu Unrecht werfen sie einigen europäischen Staaten vor, für die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat mitverantwortlich zu sein und eine expansive, aggressive israelische Politik kritiklos hinzunehmen. Eine eigene europäische Friedensinitiative muß sich an der UN-Resolution 242 sowie einer Durchsetzung der elementaren Menschenrechte der Palästinenser orientieren.



Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser darf dabei ebensowenig zur Disposition stehen wie das Lebensrecht der Israelis in sicheren Grenzen!

Die Vorbereitungen für eine europäische Nahost-Initiative sind in ein konkretes Stadium getreten. Präsident Carters Versuch, diese Initiative im Keim zu ersticken, kann bei den Europäern kaum auf Verständnis stoßen; denn an Beginns Politik knüpfen sie keine Hoffnungen für eine dauerhafte Friedensregelung im Nahen Osten. Warten heißt heute: Zusehen, bis der Nahe Osten wieder explodiert.

Europa ist aufgefordert, durch einen eigenen Beitrag einer solchen Entwicklung Einheit zu gebieten.

Dabei geht es vor allen Dingen um folgende Positionen:

1. Die PLO wird als offizieller Sprecher des palästinensischen Volkes anerkannt.
2. Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes wird anerkannt.
3. Ein selbständiger Palästinenser-Staat wird gebildet.
4. Das Existenzrecht Israels innerhalb gesicherter Grenzen muß gewährleistet sein.
5. Terroranschläge werden nachdrücklich verurteilt.
6. Die Siedlungspolitik Israels wird verurteilt.
7. Es wird eine umfassende Friedenskonferenz unter Beteiligung der Sprecher der Palästinenser (PLO) befürwortet.
8. Das hierbei erzielte Verhandlungsergebnis muß durch internationale Garantien unter Einschluß der Großmächte abgesichert werden.
9. Industrienationen und Ölstaaten finanzieren gemeinsam ein massives Aufbauprogramm für den neugeschaffenen Palästinenser-Staat sowie für die durch den Krieg betroffenen Gebiete im Libanon und Israel.

Es ist für Europa und den Frieden in der Welt von größter Bedeutung, daß sich der euro-arabische Dialog auf einer neuen Ebene gegenseitigen Vertrauens unter Einschluß Israels weiterentwickelt.

(-/9.6.1980/Bgy/ca)

+ + +



Die Bewegungsfreiheit verloren

Stoltenberg lehnt Rückkehr zur Rundfunkgemeinschaft ab

Von Gert Börnsen MdL

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Nur einen Monat nachdem die Ministerpräsidenten-Konferenz am 11. Mai 1978 die einheitliche Grundstruktur des deutschen Rundfunkwesens als "ein wertvolles Gut" bezeichnete, beschloß der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein die Austrittskündigung dieses Landes aus dem gemeinsamen Rundfunkvertrag mit Hamburg und Niedersachsen. Mit dieser Kündigung wurde der erste Schritt zur Systemveränderung des deutschen Rundfunks getan, die später von Albrecht berserkerhaft aufgenommen und forciert wurde. Im schleswig-holsteinischen Landtag lehnte es Gerhard Stoltenberg jetzt ausdrücklich ab, zur Rundfunkgemeinschaft zurückzukehren.

Dabei hatte der Spruch der Berliner Verwaltungsrichter, der die medienpolitische Auseinandersetzung um die Einführung von Kommerzfernsehen inhaltlich nicht beeinflussen konnte, die Bedingungen dieser Auseinandersetzung erheblich verändern. Die beiden einzigen Landesregierungen, die sich an den Beschluß der einheitlichen Rundfunkstruktur nicht mehr halten wollen, haben an Bewegungsfreiheit verloren. Sie können nicht länger die Wähler ihrer Länder übertölpeln. Wenn Niedersachsens Albrecht nicht für eine Rückkehr Stoltenbergs in dem Dreiländerverbund verhandelt, wird er für fünf Jahre - bis seine Wähler über eine neue Kündigung des NDR abzustimmen haben - an das gültige Sendemonopol des NDR gebunden sein. Zur gleichen Zeit kann Stoltenberg zwar ein eigenes Rundfunkgesetz, aber keinen Sender aus dem Boden stampfen. Angesichts seiner Ein-Stimmen-Mehrheit wäre die Einführung von Kommerzfernsehen eine Form von Kamikaze - Zerstörung des bestehenden Systems und Selbstzerstörung -. Der Wähler würde diesen Spuk weggagen, bevor er richtig begonnen hätte.

Das Gericht hat faktisch das Verhandlungsinteresse der beiden CDU-Länder erzwungen. Der Hamburger Bürgermeister hat seine Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Stoltenberg und Albrecht muß aber deutlich gemacht werden, daß es Verhandlungen nur geben kann, wenn



1. dabei ein Vertrag gewollt wird, der mindestens zehn Jahre nicht gekündigt werden kann, und
2. die einheitliche Rundfunkstruktur als ein "wertvolles Gut" in der Bundesrepublik Deutschland wiederhergestellt wird.

Konkret: Die Einführung von Kommerzfernsehen als vollendetes und unrevidierbares Faktum kann und wird es nicht geben. Ergebnisoffene Modellversuche dagegen, deren Konzeption, Finanzierung und wissenschaftliche Begleitung gemeinsam abgesprochen sind, werden die allgemeinmedienpolitische Diskussion weiterführen können. Stoltenberg und Albrecht stehen sich jetzt selbst im Weg. Albrecht glaubt, es sein "kein Kraut gewachsen" gegen seine Kommerzkonzeption - und übersieht Richter und Wähler. Stoltenberg will Hamburg das Recht zum kombinierten Staats- und Kommerzfunk abhandeln - und übersieht, daß nicht länger Hamburg, sondern Schleswig-Holstein "draußen vor der Tür" steht.

Ziel der Sozialdemokraten ist die Wiederherstellung der einheitlichen Rundfunkstruktur in den Ländern der Bundesrepublik. Kein Land soll die gleichmäßige Entwicklung der Landesrundfunkanstalten durch das Herausschneiden von Frequenzen oder das Vorenthalten von programmbegleitenden Sendeformen (zum Beispiel Videotext) behindern dürfen.

Die Hörer und Zuschauer zwischen Kiel und Konstanz haben das Recht, zu gleichen Gebühren ein optimales Rundfunkangebot zu bekommen - und zwar einem mit vom Staat oder großen ökonomisch-gesellschaftlichen Gruppen unabhängigen Programm.

(-/9.6.1980/va-he/oa)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O N

Auf dem Internationalen Kongreß der Dachorganisation der F.I.L.D.I.R. (Internationale Vereinigung von Deportierten und Internierten des Widerstandes) in Eindhoven/Niederlande hat die Ehrenpräsidentin des Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, am Freitag, dem 6. Juni, folgende Ansprache gehalten:

"Wir wollen in Frieden und Freiheit leben"

Für Deutsche, die - wie ich - die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erlebt und die politische Erbschaft der Schuldigen auch dann zu tragen haben, wenn sie persönlich keine Urheberschaft trifft, ist es eine schwierige Aufgabe, vor denjenigen zu sprechen, die dem Unrecht unmittelbar ausgesetzt waren und die es durch aktiven Widerstand bekämpft haben.

Der nationale Widerstand war mehr, als der Kampf gegen eine grausame Fremdherrschaft. Seine innersten Motive waren nicht Haß und Feindschaft, sondern der Wille zum Frieden als Voraussetzung der Menschenrechte und der Freiheit.

Stellvertretend für viele möchte ich hier den niederländischen Widerstandskämpfer Henk Pieter Hos zitieren. Vor seiner Hinrichtung in den Scheveninger Dünen schrieb er an seine Angehörigen:

"Es ist schade, daß ich den Tag des Friedens nicht miterleben werde.

Ich hatte immer gehofft, mit aller Kraft und Energie zum Aufbau beitragen zu können, nicht nur in materieller Hinsicht, auch geistig.

Gerade unsere Arbeit fängt ja erst nach dem Krieg an.

Denn es gilt, den Haß zwischen den Völkern auszulöschen.

Dann erst, wenn es ihn nicht mehr gibt, kann der wahre Frieden kommen."

Der deutsche Widerstand hat in vielen Zeugnissen das gleiche Bekenntnis abgelegt.

Die moralische Kraft des Widerstandes hat über den Abgrund der Hitlerzeit hinweg jene Gemeinsamkeit politisch-sittlicher Überzeugungen aufrechterhalten, auf der das neue Europa ruht und die entscheidend zur Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft demokratischer Völker beigetragen hat.

All dies sollte nicht zuletzt den jungen Menschen vor Augen geführt werden.

Insbesondere aber gilt, die seit altersher in der Tradition politischen Denkens verwurzelte Erkenntnis von der Wechselbeziehung, dem untrennbaren Zusammenhang zwischen einem auf Gerechtigkeit gegründeten inneren und äußeren Frieden wachzuhalten.

Gerade die jungen Bürger müssen wissen, daß die Wahrung der Würde des Menschen und der Schutz einer freiheitlichen Verfassung unverzichtbare Elemente der Friedenssicherung sind.

Auch bei Hitler gehörten ja die skrupellose Mißachtung der Menschenwürde und der Freiheitsrechte im eigenen Land zur systematischen Vorbereitung seiner weitweiten Brandstiftung.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des Naziregimes ist es in der Bundesrepublik Deutschland gelungen - das möchte ich hier einmal gegen so manche verleumderischen Behauptungen über angeblich faschistoide Entwicklungen feststellen - in einem zuvor in der deutschen Geschichte nicht gekanntem Maße ein freies und demokratisches Gemeinwesen aufzubauen und damit zugleich zur Sicherung auch des äußeren Friedens beizutragen.



Blickt man über die Gemeinschaft demokratischer Staaten hinaus, so zeigt sich, daß der Teufelskreis von Machtwillkür und Unfrieden immer erneut in Gang gesetzt wird, daß Krieg und Bürgerkriege Hand in Hand mit Unterdrückung und Terror sich ausbreiten.

Damit stehen wir, insbesondere aber unsere Jugend, vor einer Aufgabe, die Königin Juliane bei dem ersten unvergessenen Staatsbesuch des verstorbenen Bundespräsidenten Gustav Heinemann vor elf Jahren mit den folgenden Worten umrissen hat:

"Es gibt kein Land, das sich nicht in einer bewegten Übergangszeit zwischen der Vergangenheit und einer kaum vorstellbaren Zukunft befände.

Grenzen werden von immer geringerer Bedeutung.

Wir müssen alle Kräfte anspannen, um unserer jüngeren Generation die besten Wege anzubahnen.

Es wird Ihre Aufgabe sein, die besten Möglichkeiten zu einer schöpferischen Zusammenarbeit ausfindig zu machen, und diese mögen zum endgültigen Ziel, dem Weltfrieden in Gerechtigkeit und Freiheit führen."

Die schleichende Krise der Dritten Welt durch Abhängigkeit und Not, die Statthalterkriege Kubas in Afrika und aktuell der Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan machen überdeutlich, welche unerhörten Anstrengungen erforderlich sind, um hier voranzukommen oder auch nur Rückschläge zu vermeiden.

Wieder einmal - und das ist besonders bedrückend - scheint der Wille einer totalitären Großmacht unter Mißachtung der Freiheit der Völker wie des Einzelnen unaufhaltsame politische Erfolge zu erzielen.

Das Beispiel der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus kann uns auch hier Mut und Selbstvertrauen geben.

Aus ihrem Willen zur Freiheit und zur Verantwortung und ihrem Opfermut sind in den demokratischen Staaten Europas die Grundlagen für einen gesicherten Frieden erwachsen.

Aus dieser Erfahrung heraus wollen wir Europäer dem Frieden der Welt dienen - Willy Brandt hat es vor wenigen Tagen anlässlich des 40. Jahrestages der Bombardierung Rotterdam bekräftigt.

Dem gleichen Geist verpflichtet ist das Leitwort dieses Kongresses, das zugleich ein Appell ist:

"Wir wollen in Frieden und Freiheit leben."

(-/9.6.1980/v0-he/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

